

Eltern eine Mediation verordnen

390 Beistände bemühen sich derzeit im Thurgau darum, dass Scheidungskinder unbelastete Kontakte zu beiden Elternteilen ermöglicht werden. Von Amts- vormundschaftsbehörden oder Gerichten verordnete Mediationen könnten in Zukunft eine Alternative darstellen.

ANDREAS SCHILDKNECHT

WEINFELDEN - (Die Regelung von Besuchsrechten bei zersplitterten und geschiedenen Ehepaaren ist ein Dauerthema bei Gerichten, Vormundschaftsbehörden und Fürsorgeämtern, sagte gestern Christian Hug, Präsident der Thurgauischen Konferenz der öffentlichen Sozialhilfe, anlässlich des Herbsttreffens. Die meist extremen Fälle würden allen Beteiligten und besonders den Beiständen Kräfte rauben und sie emotional auslaugen. «Um jede Besuchsrechtsregelung muss gekämpft werden», meinte Kurt Knecht, Rechtsexperte und stellvertretender Generalsekretär des Departements für Justiz und Sicherheit. Die heutige Situation im

Thurgau mit den Besucherrechtsständen als einziges Mittel funktionieren nicht so recht.

Ein neuer Weg

Eine Alternative zeigte Mediator Max Peter aus Büllach auf. Er erzählte von seinen Erfahrungen mit verordneten Mediationen. Die seien zwar kein Wundermittel aber ein neuer Ansatz. «Erfahrungen mit gerichtlich angeordneten Mediationen in den USA zeigen, dass

damit oft ein Prozess in Gang gesetzt werden kann und vor allem von Anfang an mehr Verbindlichkeit geschaffen wird», so Peter. Bei der angeordneten Therapie sei es wichtig nicht auf die Beziehungskonflikte der Eltern einzugehen, sondern eine Problemregelung zu Gunsten des Kindes anzustreben.

«Es geht darum, möglichst schnell dem Kind einen unbelasteten Kontakt zu Mutter und Vater zu ermöglichen», erläuterte Peter. Es könne nicht sein, dass Kinder wegen des Streits zwischen

den Eltern auf Kontakte verzichten müssen. «Auf der Grundlage von Weisungen könnten die Thurgauer Vormundschaftsbehörden schon jetzt Mediationen anordnen», sagte Knecht. Schwieriger sei es Eltern zur Teilnahme zu zwingen. In extremen Fällen ist ein Obhutsentzug jedoch denkbar», so der Rechtsexperte. Bis jetzt habe es noch keine angeordnete Mediation im Thurgau gegeben. Knecht steht der Möglichkeit aber positiv gegenüber: «Das wäre wahrscheinlich sehr gut investiertes Geld.»